

Eberswalde, 01.04.2019

Betreff:

Abwahl des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde

Stadtverordnetenversammlung

29.04.2019

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Volker Passoke als Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde ab.

Begründung

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.03.2019 kam es zu einem ungeheuerlichen Eklat.

Es lag ein Beschlussantrag der Fraktion Bündnis Eberswalde vom 25.03.2019 zur Neuaufteilung der Sitze in der Stadtverordnetenversammlung vor. Grund war das kurzfristig geänderte Kräfteverhältnis in der Stadtverordnetenversammlung durch das Entstehen zweier neuer Fraktionen.

Die Information über diese neue Konstellation erreichte die Fraktion Bündnis Eberswalde per Mail durch den Stadtverordneten Herrn Herrmann am 25.03.2019. Zuvor gab es zum dargelegten Fakt nur Veröffentlichungen in der regionalen Presse.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Passoke, hatte weder die Fraktionsvorsitzenden informiert, noch berief der Bürgermeister den Hauptausschuss für diese Information ein. Auch in der Sitzung der Stadtverordneten sah der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Passoke, trotz veränderter Kräftekonstellation und den sich daraus zwingend ergebenden Konsequenzen keinerlei Handlungsbedarf und forderte den Einreicher des Beschlussantrages, das Bündnis Eberswalde, den Fraktionsvorsitzenden Herrn Jede, wie zum Hohn und unseres Erachtens provokativ auf, die Dringlichkeit der Aufnahme in die Tagesordnung zu begründen, da die Einreichung des Antrages angeblich der Einhaltung einer Frist bedurft hätte.

Es ergeben sich zwingend folgende Feststellungen die noch weiterer kommunalrechtlicher Klärung bedürfen:

Die Aufforderung, eine Dringlichkeit zu begründen, war nicht korrekt. Herr Passoke hätte selbst sofort die Initiative zur Neuordnung der Stadtverordnetenversammlung ergreifen müssen.

Unter dem Vorwand der Begründung der Dringlichkeit wurde ein demokratisches Regularium bewusst und vorsätzlich verhindert.

Es sind dabei wissentlich Formfehler berechnend in Kauf genommen worden.

Die unqualifizierte Leitung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung hat ein demokratisches Procedere bewusst „verschleppt“ und letztlich verhindert.

Herr Passoke hätte sofort selbst die Fraktionsvorsitzenden informieren und die Regularien einleiten müssen.

Es bedurfte nicht der Aktion der Stadtverordneten bzw. Fraktionen.

Die Kommunalverfassung sieht keine Dringlichkeitsbegründung vor.

Im Antrag der Fraktion lag eine Begründung mit §41(6) BbgKVerf und §43(6) vor, nach der die Neubesetzung unverzüglich vorzunehmen ist. Insofern hätte es sowieso keines Antrages einer Fraktion, sondern des Handelns des Vorsitzenden bedurft.

Es hätte dabei neben der Neufestlegung der Ausschusssitze, der Aufsichtsratssitze und der Ausschussvorsitze auch die Funktion des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zur Disposition gestanden.

Die Herrn Jede abverlangte „Dringlichkeitsbegründung“ wurde weder von Herrn Passoke noch vom Bürgermeister, Herrn Boginski, akzeptiert und eine Gegenrede abverlangt. Diese Gegenrede wurde von der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/die Grünen, Frau Oehler, gehalten. Sie äußerte, dass die Fraktion in sich gehen und die Versammlung nicht in Anbetracht der Fülle der Tagesordnung und des Zeitdrucks mit unnötigem „Zeitraub“ belasten sollte, da das Ergebnis aufgrund der zu Ende gehenden Wahlperiode nicht mehr zum Tragen kommen würde. Mit diesem „Demokratieverständnis“ ohne die Möglichkeit, weitere Stellungnahmen einzuräumen, wurden die Stadtverordneten zur Abstimmung über die Annahme bzw. Ablehnung des Beschlussantrages als Dringlichkeitsantrag in dieser Sitzung aufgefordert. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Kleinkrämerisches, bürokratisches und zugleich auch unkorrektes Agieren unter Umgehung einer sachorientierten Versammlungsleitung verhinderte somit bewusst die notwendige Neuaufstellung des Stadtparlaments und ermöglichte ein Verschleppen der Aktion auf die letzte Sitzung der Legislaturperiode.

Damit wurde bewusst und vorsätzlich durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Passoke, eine neue Kräftekonstellation in der Stadtverordnetenversammlung verhindert und ungerechtfertigt ein Macht- und Stuserhalt zwangsweise herbeigeführt.

Hier wurde Recht gebeugt, Auf jeden Fall aber wurde die Demokratie „verbogen“ und mit Füßen getreten.

Wir erlebten eine zutiefst undemokratische Vorgehensweise im Stil einer selbstherrlichen Verfahrensweise,

Lediglich der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Trieloff, zeigte in seiner Meinungsäußerung wahres Demokratieverständnis und menschliche Größe, indem er auf den monatelangen erfolglosen Kampf der Fraktion Bündnis Eberswalde um ein Stimmrecht in Ausschüssen verwies, das durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung ebenso wie durch das indifferente Verhalten des Bürgermeisters und vieler Stadtverordneter immer wieder ungerechtfertigt verhindert wurde und appellierte erneut, dem Bündnis das Stimmrecht einzuräumen.

Wir sind der Meinung, dass das undemokratische Ignoranz-Procedere des Stadtvorstehers und die verharmlosende und verschleppende Argumentation des Bürgermeisters eine Fehlinterpretation der Kommunalverfassung darstellt.

Was ist das für eine nicht zu überbietende öffentliche Ignoranz, wenn man für einen Vorgang bzw. eine Amtshandlung, die in der Kommunalverfassung klar definiert ist, einfach in der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung alles übergeht und dann noch für die beantragte Behandlung der neuen Sachlage eine Dringlichkeitserklärung verlangt.

Wir erkennen hier eine falsche Auslegung einer eindeutig vorliegenden Rechtslage und weisen darauf hin, dass es in der Verantwortung des Stadtvorstehers gelegen hätte, die Tagesordnung der Sitzung der neuen Sachlage mit sofortiger Dringlichkeit anzupassen.

Für uns als Bündnis Eberswalde ergibt sich daraus die Schlussfolgerung, dass hier eine Fehlhandlung vollzogen wurde, die dringlichst liquidiert werden und eine neue Beschlussfassung eingeleitet werden muss.

Viele Bürger haben den Glauben an die Politik schon längst verloren. Hier ist ein weiterer Schritt dazu passiert, Politikverdrossenheit zu fördern.

Unser Vertrauen in die Handlungsweise des Vorsitzenden ist zutiefst erschüttert und eine Wertschätzung seiner Tätigkeit somit nicht mehr gegeben.

Wir beantragen hiermit als logische Konsequenz seine sofortige Abwahl.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Viktor Jede
Fraktionsvorsitzender